

An das Bundeskanzleramt – Kultusamt



Stellungnahme der Muslimischen Pfadfinderinnen und Pfadfinder Österreichs zur Novellierung des Islamgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir, die **Muslimischen Pfadfinderinnen und Pfadfinder Österreichs** (kurz MPÖ) sind ein 10 Jahre alter Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, Kinder und Jugendliche mithilfe der **Pfadfindermethode** zu verantwortungsbewussten Bürgern heranzubilden und diese mit einer österreichisch islamischen Identität auszustatten. Wir sind in allen Bundesländern aktiv und konnten bereits über 10.000 Kinder und Eltern durch unsere regelmäßigen Aktivitäten und Veranstaltungen erreichen.

Mit Freude haben wir, die MPÖ, die Novellierung des Islamgesetzes aus dem Jahr 1912 erwartet. Doch nach Durchsicht des Gesetzesentwurfes verflog unsere Freude rasch und enttäuscht wünschen wir uns das 102 Jahre alte Gesetz zurück (das uns ironischerweise mehr Rechte gibt) zurück. Ein Islamgesetz gemäß dem neuen Entwurf würde **uns in unserer Vereinsarbeit massiv einschränken** und keinen Nutzen bringen. Auch der mit diesem Gesetz verbundene Spielraum und Eingriff des Staates in innere Angelegenheiten einer Religionsgemeinschaft wird von uns strikt abgelehnt.

Wie die PPÖ (Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs) und die weltweite Mehrheit der Pfadfinderverbände ist es auch eines unserer Ziele, die religiöse Identität der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Durch § 23 (3) müssen jedoch „Vereine, deren Zweck in der Verbreitung der Religionslehre einer Religionsgesellschaft.[...]“ und somit auch die MPÖ, aufgelöst und der IGGiÖ (Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich) untergeordnet werden. **Den Verlust unserer Unabhängigkeit lehnen wir auf das Schärfste ab.** Wie für jede andere Pfadfinderorganisation besteht auch bei uns ein prägendes Merkmal in der Unabhängigkeit von Regierungen und Parteien und unsere eigene Einschätzung dessen, was den Bedürfnissen der uns anvertrauten Kindern und Jugendlichen entspricht, sollte auch weiterhin der Maßstab für unsere ehrenamtliche Arbeit sein. Es erscheint besonders absurd einen Pfadfinderverein der IGGiÖ unterzuordnen. An diesem Beispiel erkennt man die Dimension dieser Regelung für alle muslimischen Vereine in Österreich.

Wir sind gegen die Zentralisierung aller islamischen Vereine bzw. Organisationen, die unter den § 23 (3) des Gesetzes fallen. Diese Zentralisierung entspricht einer Struktur die dem religiösen und kulturellem Verständnis des Islams fremd ist, da es schon seit der frühesten Geschichte des Islam verschiedene Meinungen zu einem Thema gab, das auch immer legitim war und dementsprechend so bleiben muss, um den Pluralismus innerhalb der muslimischen Community beizubehalten. Hinzu kommt der Aspekt, dass der Verlust des Individualismus und der Unabhängigkeit aller muslimischen Vereine im Vergleich zu den diesbezüglich **nicht**

vorhandenen Regelungen in den Gesetzen anderer Religionsgemeinschaften mehr als bedenklich sind.

Wir sind für eine Beibehaltung der Gültigkeit des Vereinsgesetzes für alle muslimischen Vereine, die sich an die vereinsgesetzlichen Bestimmungen halten. Dies ermöglicht ein weiteres Bestehen der bereits diversifizierten muslimischen Vereinskultur in Österreich und die weitere ehrenamtliche Tätigkeit der etlichen NGOs in diesem Bereich.

Als Folge der Aushebelung des Vereinsgesetzes für zukünftige Vereine würde eine dementsprechende Verschleierung ihrer Vereinsziele in den Statuten nach sich ziehen oder sogar eine Unterlassung der Anmeldung eines Vereines und somit eine Aktivität in der Anonymität der Gesellschaft. Diese mögliche Zukunft als Folge der Beschließung des neuen Islamgesetzes betrachten wir mit Unbehagen und Sorge.

Wir sind gegen den Generalverdacht, der dieses Gesetz den Musliminnen, Muslimen und unseren Kindern vermittelt. Mehrere Bestimmungen deuten an, dass Musliminnen und Muslime eher dazu neigen, Gesetze zu brechen und deshalb besonders nachdrücklich daran erinnert werden müssen, sich an ebendiese zu halten. Das ist insofern kontraproduktiv, als wir unseren Pfadfinderinnen und Pfadfindern seit unserem Bestehen erfolgreich vermitteln, dass sie als gleichberechtigte und gleichwertige heranwachsende Bürgerinnen und Bürger eine große Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft und Umwelt haben, und sich in jedem Bereich positiv einbringen sollen. Denn der so geäußerte Generalverdacht lässt genau auf das Gegenteil schließen und die Kinder in einer Atmosphäre des Argwohns aufwachsen. Darüber hinaus ist das Prinzip der Self-fulfilling Prophecy (Selbsterfüllende Prophezeiung) nicht neu und muss in diesem Zusammenhang wohl nicht extra erläutert werden. Dass dieser Generalverdacht nicht einmal vor Kindergärten halt macht, stellt hier nur die Spitze des Eisbergs dar! Viele Pädagogen sowie Sozialwissenschaftler aus den unterschiedlichsten Spezialgebieten weisen immer wieder darauf hin, wie wichtig es für Heranwachsende ist, dass ihnen Vertrauen entgegengebracht wird, um sich zu verantwortungsbewussten Individuen zu entwickeln.

Die mediale Berichterstattung und die Parolen einzelner Parteien haben schon in der Vergangenheit zu Unbehagen bei der muslimischen Bevölkerung geführt, und von den Pauschalisierungen in Zeitungen und Nachrichten blieben auch Kinder und Jugendliche nicht verschont. Bisher konnten wir aber immer auf eine gute, wertschätzende Zusammenarbeit mit der Politik und ein altes, aber anerkennendes Islamgesetz verweisen, dessen Bestehen uns auch mit Stolz erfüllte und als verlässliches Zeichen in der Diskussion mit radikalen Strömungen unter den Musliminnen und Muslimen sowie gesamtgesellschaftlich hergehalten hat. Umso beängstigender ist der ständig geäußerte Generalverdacht im aktuellen Entwurf!

Wir sind gegen das Verbot der Auslandsfinanzierung von muslimischen Vereinen, da dies eine Ungleichbehandlung unserer Religionsgemeinschaft gegenüber allen anderen Religionsgemeinschaften darstellt.

Wir sind für eine Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften im Sinne des Artikel 2 und Artikel 15 des Staatsgrundgesetzes. Zur häufig geäußerten Argumentation, dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden muss, möchten wir anmerken, dass wir nicht ungleich sind, sondern gleichwertige Menschen, deren Religion sich teils mehr, teils weniger von den anderen anerkannten Religionen unterscheidet, aber besonders zu den christlichen Religionen durch den Abrahamitischen Ursprung eine besondere Nähe aufweist.

Wir lehnen eine Einmischung des Staates in die Auslegung von Religionslehren ab, was der österreichischen Verfassung bzw. der Trennung von Staat und Religion widersprechen würde.

Wir sind gegen eine Fremdausbildung von Imamen, islamischen Seelsorgern oder Religionslehrern durch Professoren, die nicht von der Islamischen Glaubensgemeinschaft bestimmt sind und auf die diese nicht einmal einen Einfluss hat. Der fehlende Rückhalt der so ausgebildeten Personen in der muslimischen Community würde den Aufwand zunichte machen. Ebenso ist es natürlich abzulehnen, dass das Gesetz nicht wie bei anderen Religionsgemeinschaften (z.B. im Protestantengesetz) eine Beschränkung der Professur auf Gläubige derselben Religionsgemeinschaft vorsieht. Wie in den anderen Bereichen sind wir auch hier für eine stärkere Anlehnung an die Gesetze, die andere Konfessionen betreffen. Gerade der islamische Religionsunterricht ist ein starkes Signal an junge Gläubige, dass sie ein gleichwertiger Teil der Gesellschaft sind und stellt damit einen mächtigen Identifikationsgrund dar. Auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erzählen die österreichischen jungen Musliminnen gerne und stolz, dass eine kompetente muslimische Lehrperson an die Schule kommt, um sie über ihre Religion zu unterrichten. Auch die modernen, didaktisch anspruchsvollen Schulbücher riefen bei vielen Pfadfinderinnen und Pfadfindern Begeisterung hervor.

Unsere Hoffnung richtet sich darauf, dass dieser Gesetzesentwurf mit keinem der oben angeführten Punkte beschlossen wird. Wir möchten nicht, dass unsere Pfadfinderinnen und Pfadfinder in einer Atmosphäre aufwachsen, in der sie das Gefühl bekommen, wegen der Ausübung ihrer Religion keine gleichwertigen Bürger dieses Landes sein zu können. Wir möchten unseren Kindern und Jugendlichen eine österreichisch-islamische Identität vermitteln und sie durch die Pfadfindermethode zu mündigen, verantwortungsvollen, aber auch gleichwertigen Bürgern erziehen. Mit dem Gefühl des Misstrauens und der Andersartigkeit, das dieses Gesetz uns Muslimen und unseren Kindern entgegenbringt, wird die vollständige Identität nicht möglich sein.

Muslimische Pfadfinderinnen und Pfadfinder Österreichs